

28
80

Union in Deutschland

Bonn, den 30. Juli 1980

Antwort auf DGB-Prüfsteine

Der DGB hat, wie schon früher vor Bundestagswahlen, auch 1980 wieder den Parteien „Prüfsteine“ zugeleitet. Helmut Kohl hat sie für die CDU am 21. Juli beantwortet. Nachfolgend sein Brief an den DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter. Die Stellungnahme zu den einzelnen Prüfsteinen wird als CDU-Extra (gelb) in dieser Ausgabe veröffentlicht.

Sehr geehrter Herr Vetter,
die Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Bundestagswahl 1980 habe ich mit großem Interesse zur Kenntnis genommen. Sie geben Gelegenheit, den konstruktiv-kritischen Dialog zwischen DGB und CDU trotz des näherrückenden Wahltermins fortzusetzen.

Das Vorwort zu den DGB-Prüfsteinen 1980 enthält leider nur zögernde Ansätze einer Bilanzierung der Politik der letzten vier Jahre im Vergleich zur DGB-Meßblatte 1976. Ich bin erstaunt über die Bescheidenheit, mit der die Nichterfüllung zentraler gewerkschaftlicher Forderungen durch die SPD/FDP-Bundesregierung gewertet wird. Die Aussage im Vorwort ist mir unverständlich, daß im Bereich der sozialen Sicherung negative Entwicklungen weitgehend verhindert worden seien. Es darf nicht vergessen werden, daß SPD und FDP die bruttolohnbezogene, dynamische Rente außer

Noch
67 Tage
bis zur
Bundestagswahl

HEUTE FÜR DEN WAHLKAMPF

■ INFORMATIONEN
Schiedsstelle mißbilligt
Strauß-Karikatur / Koschnick
sagte die Unwahrheit / Wer
FDP wählt, hilft den Linken
auf die Beine / Die Sprache
der Jusos / Nach der Renten-
täuschung 1976 jetzt die
Steuertäuschung 1980.

Seiten 3—5

■ HÖRFUNK UND FERN-
SEHEN / Zustimmung und
Kritik an politischen Sendun-
gen äußern Seite 11

■ DEM WÄHLER SAGEN /
Thema: Kriegsopferver-
sorgung Seite 13

■ DOKUMENTATION / Die
Union: Die Partei der Steuer-
zahler grüner Teil

■ CDU-EXTRA / Stellungs-
nahme der CDU zu den
Forderungen des Deutschen
Gewerkschaftsbundes zur
Bundestagswahl 1980

gelber Teil

(Fortsetzung auf Seite 2)

Kraft gesetzt haben. Nur die CDU/CSU vertrat im Deutschen Bundestag die Meinung der Gewerkschaften, daß dieses Kernstück unserer sozialen Sicherung nicht demontiert werden dürfe. SPD und FDP haben sich rücksichtslos über die Meinung des DGB und der Union hinweggesetzt.

Auch in anderen zentralen Problemreichen hat die Regierungskoalition vorrangige Arbeitnehmerinteressen mißachtet. So war sie unfähig, in den letzten Jahren die notwendige klare Entscheidung für die Nutzung der Kernenergie zu treffen. Und entgegen der Ankündigung in allen Regierungserklärungen von 1969 bis heute, haben SPD und FDP die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen nicht vorangetragen.

Auch die Tatsache, daß wesentliche Forderungen der 72er und 76er Wahlprüfsteine 1980 erneut erhoben werden,

zeigt deutlich, daß diese von der SPD/FDP-Mehrheit im Deutschen Bundestag nicht erfüllt wurden.

In den Jahren 1949—1969 wurde unter Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger eine Politik betrieben, die sich für die Arbeitnehmer überaus positiv ausgewirkt hat. Auch bei einer Regierungsübernahme im Oktober 1980 wird die Union ihre ganze Kraft zum Wohle der Bürger und damit der Arbeitnehmer einsetzen. Die CDU als Volkspartei formuliert ihre Politik für alle Bürger und damit selbstverständlich auch für die Arbeitnehmer. Dies wird deutlich im Wahlprogramm der CDU/CSU, das ich Ihnen beigefügt übersende.

Die Stellungnahme der Union zu den einzelnen Prüfsteinen übersende ich Ihnen beiliegend.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Helmut Kohl

Unerträgliche SPD-Gesinnungspendelei

Zwischen Wahlkampftaktik und linkem Gesinnungsopportunismus hin und her pendelnd ist die SPD zum gefährlichsten Unsicherheitsfaktor in der NATO geworden. Laut dpa vom 10. Juli hielt Berlins Regierender Bürgermeister Dietrich Stobbe eine „Erweiterung der Aufgabenstellung des westlichen Bündnisses über den NATO-Bereich hinaus“ für notwendig. Demgegenüber bezeichnete der stellvertretende Vorsitzende der SPD Wischnewski in einer Presseerklärung am 15. Juli derartige Äußerungen, die eine Erweiterung des NATO-Bündnisses betreffen, als gefährlich für den Frieden.

Daraufhin forderte der Vorsitzende der Berliner CDU-Fraktion, Heinrich Lummer, den Regierenden Bürgermeister auf, die Politiker der CDU/CSU, die sich für eine Überprüfung des Aufgabenbereiches der NATO eingesetzt hatten, gegen den Vorwurf in Schutz zu nehmen, dadurch würde eine Gefährdung des Friedens entstehen.

„Das Bemühen der SPD, die Friedenspolitik für sich zu monopolisieren und die Angst zum ersten Wahlkampfmittel zu erheben, führt diese Partei zu ständigen Widersprüchen und grotesken Verdrehungen der Tatsachen. Wenn die SPD an einem Wahlkampf ohne Diffamierungen interessiert ist, dann muß Herr Stobbe den stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Wischnewski korrigieren.“

■ WAHLKAMPF- INFORMATIONEN

Schiedsstelle mißbilligt Strauß-Karikatur

Die CDU begrüßt die Entscheidung der gemeinsamen Schiedsstelle für die Bundestagswahl 1980, eine in der sozialdemokratischen Wochenzeitschrift „Vorwärts“ am 10. Juli erschienene Karikatur über den Spitzenkandidaten von CDU und CSU Franz Josef Strauß, zu mißbilligen. Die Union betrachtet den Spruch der Schiedsstelle als wirkungsvollen Beitrag, Auswüchse im Bundestagswahlkampf zu vermeiden. Was sich im Vorfeld dieser Auseinandersetzung zugetragen hatte, ließ Schlimmes vermuten.

An die SPD und die ihr nahestehenden Kreise ergeht erneut der Appell, die gestartete Diffamierungskampagne gegen Franz Josef Strauß zu stoppen. Es wird den Sozialdemokraten auch nicht gelingen, diese Schmutzarbeit andere besorgen zu lassen und sich auf versteckte, aber wohlwollende Unterstützung dieser Aktionen zu beschränken. Es wird dem politischen Gegner nicht verborgen geblieben sein, daß sich in der Bevölkerung zunehmendes Unverständnis über die Rufmordkampagne gegen den bayerischen Ministerpräsidenten und Spitzenkandidaten der Union breitmacht. Darüber sollte er nachdenken.

Koschnick sagte die Unwahrheit

Die CDU/CSU in Bonn hat den Bremer Bürgermeister Koschnick (SPD) aufgefordert, sich beim Bundestag und auch beim Generalinspekteur der Bundes-

Liebe Freunde,

unsere Mitglieder und Freunde verfolgen Nachrichten- und Magazinsendungen in Hörfunk und Fernsehen mit kritischer Aufmerksamkeit. Zustimmungen und Kritik zu Sendungen erreichen das KAH brieflich und telefonisch.

Meine Bitte ist heute, sich auch direkt an die Sender zu wenden. Deshalb veröffentlichen wir heute im UiD die Anschriften der Rundfunk- und Fernsehanstalten in der Bundesrepublik Deutschland. Ich weiß, daß Lob und begründete Kritik von den Sendern erwünscht sind und daß man dort nicht einfach darüber hinweggehen kann. Ich wäre Ihnen auch dankbar, wenn Sie eine Kopie Ihres Schreibens zur Kenntnisnahme unserer Abt. Medienpolitik (Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1) zugehen lassen würden. Wir haben im UiD eine neue Rubrik eingefügt, „Hörfunk und Fernsehen im Wahlkampf“, in der über wichtige Sendungen in den kommenden Wochen berichtet wird.

In der letzten Zeit werden viele Meinungsumfragen veröffentlicht, mit z. T. für die Union nicht günstigen Ergebnissen. Bitte bedenken Sie dabei immer, daß es seriöse und weniger seriöse Meinungsbefragungsinstitute gibt. Bedenken Sie aber vor allem, daß alle demoskopischen Institute ein Riesenproblem haben, ihre sog. „Roh-Zahlen“ richtig zu „gewichten“. Deshalb sollten Sie die veröffentlichten Zahlen nicht für bare Münze nehmen. Bei der NRW-Wahl haben sich fast alle Institute gründlich verschäzt.

Das hervorragende Kommunalwahlergebnis vor kurzem in Baden-Württemberg hätte uns kein Institut zugetraut.

Es lohnt sich zu kämpfen, schließlich geht es am 5. Oktober um sehr viel.

Ihr Ulf Fink

wehr, General Brandt, zu entschuldigen. Koschnick soll gleichzeitig klären, ob er bei seiner Rede im Bundestag am 13. Mai falsch informiert gewesen ist oder wissentlich die Unwahrheit gesagt hat.

Am 13. Mai 1980 hatte Koschnick in der Debatte über die Krawalle bei der Gelöbnisfeier der Bundeswehr in Bremen erklärt, es habe „keine Kontakte zwischen den demokratischen Jugendorganisationen, insbesondere nicht zwischen Jusos und Gewerkschaftsjugend und dem KBW gegeben“, und es könne auch keinerlei Verbindung zwischen Jungsozialisten und DGB-Jugend auf der einen und Chaoten und KBW auf der anderen Seite hergestellt werden. Ein entsprechender vertraulicher Bericht des Generalinspekteurs der Bundeswehr sei — so Koschnick am 13. Mai im Bundestag — erwiesenermaßen nicht zutreffend.

Diese Aussage war objektiv unwahr. Jungsozialisten und Vertreter der DGB-

Weltmeister

Die Sowjets haben in Moskau einen Weltrekord im Schießen aufgestellt. Glückwunsch. Nur: Wozu brauchen die Sowjets Olympische Spiele, um zu beweisen, daß sie Weltmeister im Schießen sind?

Aus: Die Welt, 21. 7. 80

Jugend hatten nicht nur mit DKP-Gruppen, sondern auch mit Anhängern des KBW und anderen Chaoten Gespräche geführt und über gemeinsame „Maßnahmen“ gegen die Bundeswehrfeier beraten. Koschnick mußte dies nach den ihm zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Informationen wissen.

Darüber hinaus hat Koschnick am 13.

Mai im Bundestag behauptet, es habe vor dem Abend des 5. Mai keinerlei Hinweis darauf gegeben, daß in Bremen mit gewalttätigen Ausschreitungen zu rechnen sei. Auch der Wahrheitsgehalt dieser Behauptung ist nach den nun vorliegenden Aussagen zweier MAD-Beamter vor dem Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages ins Zwielicht geraten.

Als Präsident des Bremischen Senats, dem alle relevanten Informationen vorlagen, mußte Koschnick ohne Zweifel bereits vor dem 5. Mai mit Störungen rechnen, die weit über die Demonstrationen anläßlich einer vorhergegangenen Gelöbnisfeier in Flensburg hinausgehen würden.

Wer FDP wählt, hilft den Linken auf die Beine

Die FDP könne die Machtausweitung der SPD und insbesondere ihres linken Flügels nicht verhindern. Je länger diese Koalition dauere, um so mehr werde die Stellung der Linksextremisten ausgebaut. Dies gab Graf Beissel, bisher prominentes FDP-Mitglied und ehemaliger Bundestagskandidat der ehemals liberalen Partei im damaligen Wahlkreis Schleiden/Düren als Grund für seinen kürzlichen Austritt aus der FDP an, der er seit 1952 angehört hatte. Graf Beissel erklärte, die Wandlung der Partei sei „natürlich auf die jahrelange Koalition“ mit der SPD zurückzuführen. Jetzt sei es so, daß die FDP als Koalitionspartner der SPD indirekt sogar die eigenstumsfeindlichen Tendenzen des linken Flügels der SPD stärke. Beissel zur Kölnischen Rundschau: „Je länger die Koalition SPD/FDP andauert, um so mehr dringt auch das Gedankengut der linken Machthaber in die Medien ein. Jeder, der solche Strömungen stärkt,

Nach der Rententäuschung 1976 jetzt die Steuertäuschung 1980

Die jetzt vom SPD-Finanzexperten Gobrecht vorgestellten Steuerpläne der SPD zeigen, daß die SPD dem Bürger die gerade gewährten Steuererleichterungen durch eine ganze Welle von Steuererhöhungen in der nächsten Legislaturperiode wieder wegnehmen will. So sollen nicht nur die Verbrauchsteuern auf breiter Front erhöht werden, sondern auch der bewährte Bauherren-Paragraph 7 b soll in der jetzigen Form nicht mehr gelten. Außerdem sind die höhere Besteuerung des Grundvermögens sowie die Umlegung der Kfz-Steuer auf die Mineralölsteuer vorgesehen, was den Liter Kraftstoff um rd. 14 Pfennig verteuern würde.

Kaum ist das Steuerpaket 1981 verabschiedet, so ist nun jedem klar, daß die SPD den Marsch in den Abgaben- und Steuerstaat nicht aufgegeben hat, sondern verstärkt fortsetzen will — nach der Wahl. Treten doch neben die angekündigten Steuererhöhungen noch eine Reihe weiterer Belastungen, die sich aus den Beschlüssen des SPD-Parteitags in Essen ergeben: So sollen die Beitragsbemessungsgrenzen für aufstrebende Mittelschichten angehoben, die Abgaben für die Lohnzuschläge in die Sozialversicherungspflicht einbezogen und eine investitionshemmende „Maschinensteuer“ eingeführt werden. Finanzminister Matthöfer sprach zudem davon, daß auch die Steuern von Bauern und Selbständigen wieder „ein klein wenig“ erhöht werden sollen („Stern“ vom 10. Juli 1980).

Geht es nach dem Willen der SPD, so sollen die Steuerzahler ab 1981 die Zeche der verfehlten und unsoliden Finanzpolitik der letzten Jahre zahlen. Der Bundesfinanzminister braucht sich angesichts dieser Lage nicht zu wundern, wenn die Bürger dem soeben verabschiedeten Steuerpaket 1981 nicht so recht trauen. Nach der Rententäuschung von 1976 kündigt sich jetzt die Steuer- und Finanztäuschung 1980 an.

macht sich quasi zum Handlanger dieser linken Politik.“

Die Sprache der Jusos

Rüdiger Kreissl, Juso-Unterbezirksvorsitzender im Lahn-Dill-Kreis, Mitglied der Wetzlarer SPD und Jungverleger wurde zusammen mit seinen Autoren wegen einer Artikelserie über Soldaten- und Bundeswehr von einem Bundeswehrmajor wegen Beleidigung und „Störpropaganda sowie verfassungs-

feindlichem Einwirken gegen die Bundeswehr“ angezeigt. In der Null-Nummer der von ihm verlegten neuen Zeitung „Lahn-Dill-Bote“ heißt es in einem, allerdings nicht von ihm verfaßten Artikel: „Jeder Soldat ist ein berufsmäßiger, trainierter Mörder; jeder Ausbilder ein Anstifter zu Mordtaten, jeder Luftwaffenpilot ein potentieller Bombenbastler, jeder Musiker einer Militärkapelle ein „Public-Relations-Mann des Todes“. Jede Armee „ist eine Terrorbande“.

■ ZIVILDIENST

Apels späte Erkenntnisse

Der Bundesminister der Verteidigung, Hans Apel, hat sich in einem Rundfunkinterview zur verpatzten Neuregelung des Wehrdienstverweigererrechts geäußert. Dabei sind ihm einige bemerkenswerte Erkenntnisse gekommen.

Erkenntnis Nummer eins: Man sollte die „Gewissensprüfung“ von Wehrdienstverweigerern eigentlich ganz wegfallen lassen und fortan durch eine drastische Erhöhung der Zivildienstzeiten die Spreu vom Weizen scheiden. Und die Erkenntnis Nummer zwei: Es werde nach seiner, Apels, Überzeugung keine schnelle Lösung des Problems geben. Im Gegenteil: „Diese Debatte wird uns noch lange Zeit begleiten, und wir werden mit dem gegenwärtigen Recht noch längere Zeit leben müssen.“

Das gegenwärtige Recht sieht ein mündliches Anerkennungsverfahren und einen Ersatzdienst von sechzehn Monaten vor. Apels Vorschlag, dieses Anerkennungsverfahren durch eine spürbare Erhöhung der Ersatzdienstdauer gewissermaßen überflüssig zu machen, läßt allerdings völlig außer acht, daß es eine Neuregelung des Wehrdienst- und Zivildienstgesetzes längst gäbe, wenn sich in seiner Partei, der SPD, nicht bis zuletzt zäher Widerstand gegen jede Erhöhung der Zivildienstzeit überhaupt gezeigt hätte, stellte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verteidigung, MdB Willi Weißkirch, in Bonn fest.

Obgleich das Bundesverfassungsgericht im Frühjahr 1978 die von SPD und FDP durchgesetzte „Postkarte-genügt-Regelung“ nachdrücklich für verfassungswidrig erklärt und die alte Prozedur mit strengem Anhörungsverfahren (nicht: „Gewissensprüfung“) wieder in Kraft gesetzt hatte, verfochten gewichtige Teile beider Koalitionsparteien eine „Brief-genügt-Version“, ohne allerdings dabei auch nur entfernt an eine Erhöhung der Ersatzdienstdauer zu denken.

Wären diese Vorstellungen in der letzten Sitzungswoche der ablaufenden Legislaturperiode — dem Wunsch der SPD-Fraktionsführung entsprechend — Gesetz geworden, dann hätten sich Wehrdienstverweigerer fortan mit Einschreibebrief von der Wehrpflicht verabschieden können und dabei weiterhin nur sechzehn Monate Zivildienst abzuleisten brauchen. Indes: selbst dieses — nach Ansicht der CDU/CSU an den Forderungen des Bundesverfassungsgerichtes glatt vorbeizielende — Gesetz wurde von den Linken der SPD abgelehnt.

Die Frage ist also erlaubt, woher der Bundesverteidigungsminister die Zuversicht nimmt, für einen auf zwanzig Monate hochgesetzten Zivildienst diese Linken gewinnen zu können. Wenn es die Absicht der SPD oder ihrer maßgeblichen Repräsentanten gewesen sein sollte, gegebenenfalls über einen verschärften Ersatzdienst — beispielsweise von etwa vierundzwanzig Monaten Dauer — die „unechten“ Kriegsdienstverweigerer auszufiltern, dann hätten sie beizeiten entsprechende Vorschläge unterbreiten müssen; denn dieser „zweite Weg“ war ja stets mit in der Diskussion.

Der Bundesminister der Verteidigung hat also nichts Neues präsentiert.

■ ABRÜSTUNG

Schmidt läßt sich von Breschnew ausspielen

Mit schlechtem Gewissen und unter MiBachtung der Loyalität, mit der die Opposition die MBFR-Position der Bundesregierung auch in den letzten vier Jahren konstruktiv und uneingeschränkt mitgetragen hat, verschweigt die Bundesregierung bisher den zweiten Teil des neuesten östlichen Schachzuges bei den Wiener Truppenabbauverhandlungen, stellte MdB Alois Mertes in Bonn fest.

■ Nur die Zeitungen „Le Monde“ und „Die Welt“ berichteten darüber: Moskau schlug am 10. Juli 1980 in Wien nicht nur den Abzug von 20 000 sowjetischen und 13 000 amerikanischen Soldaten aus dem MBFR-Reduzierungsraum (Bundesrepublik/Benelux/DDR/CSSR/Polen) vor; vielmehr machte Moskau sich außerdem „als Ergebnis der kürzlichen Gespräche Schmidt—Breschnew“ — so die Sowjets in Wien — einen höchst gefährlichen Vorschlag von Bundeskanzler Schmidt zu eigen, den dieser in der Abrüstungsdebatte des Bundestages vom 9. März 1979 als „persönliche Vorstellung“ erstmalig signalisiert und den der Berliner SPD-Parteitag vom Dezember 1979 offiziell übernommen hatte; einen Vorschlag, den aber die NATO, die CDU/CSU und Außenminister Genscher bisher strikt ablehnen.

Warum ist der Vorschlag Schmidt—Breschnew so gefährlich? Ginge es

nach Helmut Schmidt und jetzt nach Leonid Breschnew, würde nach Klärung der Frage der östlichen Ausgangsdaten bei einem Truppenabbauvertrag im östlichen und westlichen Teil des Reduzierungsgebietes zwar gemäß dem NATO-Vorschlag je eine kollektive — also nicht national aufgegliederte — Höchststärke von je 700 000 Mann der Landstreitkräfte verbleiben. Aber — und hier steckt die Brisanz des Schmidt—Breschnew-Plans — Ost und West würden sich verpflichten, daß kein Staat über mehr als die Hälfte der Landstreitkräfte im MBFR-Raum, also mehr als 350 000 Soldaten verfügen dürfte. Diese Einschränkung wäre ein politisches Verhängnis ersten Ranges: es würde ein MBFR-Abkommen praktisch zu einem Ost-West-Vertrag über die Bundeswehr machen, über deren Umfang Moskau in Zukunft ein Mitspracherecht hätte. Der Teufel steckt auch hier im Detail:

— Diese Bestimmung trafe im Osten nur die Streitkräfte der Sowjetarmee im Gebiet DDR/CSSR/Polen.

— Die gleiche Bestimmung trafe im Westen jedoch nur die nationalen Bestände der Bundeswehr.

Denn nur die Sowjetarmee liegt über der geplanten Höchststärke von 350 000 Mann, die Bundeswehr bei etwa 350 000 Mann. Alle anderen Landstreitkräfte liegen weit darunter: Amerikaner, Engländer, Kanadier, Niederländer, Belgier

Auch die FDP stil- und taktlos

Zu der Entgleisung von Bürgermeister Lüder (FDP) bei der Gedenkveranstaltung zum 20. Juli 1944 erklärte Helmut Kohl: Es war ein Zeichen ganz außergewöhnlicher Stil- und Taktlosigkeit, daß die FDP nun auch die Gedenkfeier für die Männer des Widerstandes am 20. Juli für Zwecke einer ebenso geschmacklosen wie unredlichen Wahlpropaganda mißbraucht hat. Ausgerechnet an der Hinrichtungsstätte in Berlin-Plötzensee hat der gegenwärtig amtierende Bürgermeister von Berlin das Andenken an die Opfer des Widerstandes in die tagespolitische Auseinandersetzung hineingezerrt.

Man muß sich schämen für die Partei von Theodor Heuss und Thomas Dehler, daß so etwas möglich geworden ist und daß es der gegenwärtigen Parteiführung offenbar an Stilempfinden und Souveränität fehlt, eine solche Entgleisung zu korrigieren. Vorfälle dieser Art tragen einmal mehr dazu bei, geschichtliches Bewußtsein und demokratische Gemeinsamkeit in unserem Land bis zur Unkenntlichkeit zu zerreden.

Lüder hatte dem Kanzlerkandidaten der CDU/CSU vorgeworfen, daß er in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner sich des rassistischen Sprachgebrauchs der Nationalsozialisten bediene. Er spielte auf den Satz an, „mit Ratten und Schmeißfliegen führt man keine Prozesse“, mit dem Franz Josef Strauß am 29. Juli 1978 einen verleumderischen Angriff des Autors Engelmann abwehren wollte, der ihm eine braune Vergangenheit anzuhängen versucht hatte.

und Luxemburger im Westen sowie Polen, Tschechoslowaken und reguläre DDR-Streitkräfte im Osten.

Die Tücke des Vorschlags Schmidt—Breschnew liegt in der Unvergleichlichkeit der Armee der Kernwaffengroßmacht Sowjetunion, die nur teilweise im MBFR-Raum steht, und der Bundeswehr, der nichtnuklearen Bundesrepublik Deutschland, die ganz im MBFR-Raum steht.

— Die Sowjets verfügen über ein weites Hinterland östlich des MBFR-Raumes und damit über schnelle Rückführungsmöglichkeiten, die kaum zu kontrollieren sind. Ihre Streitkräfte haben neben ihrem militärischen Bedrohungs- und ihrem politischen Unterdrückungsauftrag auch eine völkerrechtliche Sonderstellung, weil die „Gruppe der so-

wjetischen Streitkräfte in Deutschland“ — so die offizielle Bezeichnung — auch im Rahmen der Sonderrechte der vier Siegermächte zu sehen ist.

— Die Bundeswehr hat kein vergleichbares Hinterland; Aufstockungen über eine Höchstgrenze hinaus lägen offen zutage.

Die NATO-internen Überlegungen, mit denen Schmidt seinen Vorschlag seinerzeit begründete, sind den Sowjets gleichgültig. In ihren Augen zählt das objektive Resultat: es schwächt die westliche Verhandlungsposition in Wien erheblich zugunsten des sowjetischen Ziels, nämlich mit Hilfe eines MBFR-Abkommens ein Mitspracherecht über die Bundeswehr und damit über die westliche Sicherheitspolitik zu gewinnen.

■ THEMEN DES TAGES

Wähler fragen — hier ist die richtige Antwort

Die Bundesregierung ist angeblich bereit, ein neues Konjunkturprogramm zu verabschieden. Mit dieser Ankündigung hat Bundesfinanzminister Matthöfer (SPD) auf eine entsprechende Forderung des IG-Metall-Vorsitzenden Loderer reagiert. Können derartige Programme denn tatsächlich Arbeitslosigkeit bremsen und die Konjunktur wieder ankurbeln?

Nein, diejenigen, die heute ein neues **staatliches Ausgabenprogramm** fordern, haben aus der Entwicklung der letzten Jahre offensichtlich nichts gelernt. Die zahlreichen Ausgabenprogramme, die SPD und FDP ab Mitte der siebziger Jahre in Gang gesetzt haben, waren zwar alle mit wohlklingenden Etiketten versehen, jedoch nicht geeignet, die konjunkturelle Entwicklung spürbar anzukurbeln. Die Belebung der privaten Investitionen, des Motors für das Wirtschaftswachstum, setzte erst ein, nachdem die Bundesregierung die Forderungen der Union nach gezielten steuerlichen Entlastungen, insbesondere im ertragsunabhängigen Bereich, erfüllt hatte.

Die konjunkturpolitischen etikettierten Ausgabenprogramme sind der Hauptgrund für die unvertretbar hohe Verschuldung des Bundes, die seit 1974 von rund 64 Milliarden Mark auf nunmehr über 220 Milliarden Mark gestiegen ist. Ein neues Konjunkturprogramm hätte zur Folge, daß bereits 1982 die Nettokreditaufnahme des Bundes nicht

mehr zur Deckung des Schuldendienstes ausreicht; der finanzielle Handlungsspielraum der Bundesregierung wäre völlig erschöpft.

Gegenwärtig besteht kein Bedarf an neuen Ausgabenprogrammen. Um den außenwirtschaftlich bedingten Gefahren begegnen zu können, kommt es vielmehr darauf an, weitere binnengesetzliche Kostensteigerungen zu verhindern, an der gezielten Steuerentlastungspolitik festzuhalten und durch eine deutliche Verringerung der Ausgabensteigerungen eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in die Wege zu leiten. Durch eine maßvolle Preis- und Lohnpolitik müßten auch die Tarifpartner den aktuellen konjunkturellen Erfordernissen Rechnung tragen.

*

Reicht es eigentlich nicht aus, wenn wir über den weiteren Bau von Kernkraftwerken erst in ein paar Jahren entscheiden?

Nein, die **drastischen Ölpreissteigerungen** innerhalb sehr kurzer Zeit haben uns allen deutlich vor Augen geführt, daß die Lösung des Energieproblems zu einer existenziellen Herausforderung unserer Zeit geworden ist. Die rechtzeitige Sicherung der zukünftigen Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland zu tragbaren Preisen ist Voraussetzung für

— wirtschaftliches Wachstum,

- Vollbeschäftigung,
- Humanisierung der Arbeitswelt,
- Erhaltung des sozialen Netzes,
- Sicherung der politischen Stabilität.

Während der achtziger Jahre sind in der Bundesrepublik Deutschland große energiepolitische Anpassungen notwendig, wozu die Weichen wegen der langfristigen Planung bereits heute gestellt werden müssen. Die Entwicklungs- und Vorlaufzeiten im Energiesektor dauern bis zu 20 Jahren. Allein die Zeit zwischen Planungsbeginn und voller Lieferfähigkeit beträgt z. B. bei Kernkraftwerken 10 Jahre, bei Kohlekraftwerken 6—8 Jahre.

Eine ehrliche und verantwortungsbewußte Politik muß daher deutlich machen, daß die Energieprobleme nur zu lösen sind, wenn trotz sparsamen und rationellen Energieverbrauchs, trotz der Suche nach neuen Energien und trotz des verstärkten Einsatzes der Kohle nicht auf die friedliche Nutzung der Kernenergie verzichtet werden kann.



Warum setzen wir in der Energieerzeugung nicht hauptsächlich Kohle ein und decken den Restbedarf mit Kernenergie?

Wollte man anstelle des weiteren Ausbaus der Kernenergie **zusätzliche Kohlekraftwerke** bauen, ergäben sich schwerwiegende Probleme: Heute werden in deutschen Kraftwerken bereits etwa 100 Millionen t Steinkohleeinheiten fossiler Energieträger verbrannt. Bei einem Verzicht auf Kernenergie müßten im Jahr 2000 jährlich rund 200 Millionen t deutscher Steinkohle geför-

dert und 150 000 zusätzliche Bergarbeiter eingestellt werden.

Dies ist nicht zu schaffen, denn nur ein kleiner Teil der erforderlichen Kohlemenge könnte wegen der hohen Kosten aus deutscher Produktion zur Verfügung gestellt werden. Der weit überwiegende Teil müßte unter neuen Abhängigkeiten und Risiken auf dem Weltkohlemarkt gekauft werden.

Zudem drohen der Umwelt durch die vermehrte Verfeuerung der Kohle schwere Belastungen. Die Verunreinigung der Erdatmosphäre mit Schwefeldioxyd, Stickstoffen, Staub und Kohlenmonoxyd würde hierdurch drastisch ansteigen.

Außerdem ist der Einsatz von Kohle im Grundlastbereich der Kraftwerke zu teuer. Kernenergie ist nämlich dort kostengünstiger. Die Kernenergie ist darüber hinaus die billigste Quelle für die Erzeugung von Abwärme, durch die die Verflüssigung oder Vergasung von Kohle erst eine wirtschaftliche Grundlage erhält.

Um den steigenden Energiebedarf der Bundesrepublik Deutschland zu decken und die Abhängigkeit unseres Landes vom Erdöl schrittweise zu verringern, brauchen wir deshalb neue umweltfreundliche Kohlekraftwerke und neue Kernkraftwerke in einer sinnvollen kostengünstigen Verbindung.

Die Behauptung, daß wir nur einen „Restbedarf“ an Energie durch Kernkraft befriedigen und uns vor allem auf Kohle und Sparmaßnahmen verlassen sollten, ist eine bewußte Irreführung der Öffentlichkeit, mit der der Stillstand in der Energiepolitik verdeckt werden soll.

■ HÖRFUNK U. FERNSEHEN IM WAHLKAMPF

Zustimmung und Kritik an politischen Sendungen äußern

UiD beginnt in dieser Ausgabe eine Kolumne „Hörfunk und Fernsehen im Wahlkampf“. Darin werden wir über wichtige Sendungen in Hörfunk und Fernsehen unterrichten. In der heutigen Kolumne sagen wir, wie die verantwortlichen Journalisten in den Sendern mit Lob und Kritik aus der Sicht des Hörers und Zuschauers am besten bekannt gemacht werden können.

Vor und während der Wahlkampfzeiten nimmt die Zahl der politischen Sendungen in Hörfunk und Fernsehen zu. ARD und ZDF haben eine ganze Reihe von Wahl-Sondersendungen geplant, über die wir in den nächsten UiD-Ausgaben unterrichten werden. Auch diese werden wie in den letzten Wochen und Monaten von unseren Freunden und Mitgliedern mit großem Interesse aufmerksam und kritisch verfolgt.

Denn nicht nur in Wahlkampfzeiten ist es selbstverständliches Gebot der öffentlich-rechtlichen Anstalten, umfassend, fair und ausgewogen zu berichten. Immer hat die Öffentlichkeit einen für die Meinungsbildung unverzichtbaren Anspruch darauf, zu Äußerungen der Regierung auch die Meinung der zur Regierungskontrolle berufenen Opposition zu hören. Und wer Stellungnahmen der Union zu wichtigen Fragen nicht wiedergibt, der verletzt nicht nur die Chancengleichheit bei der Mei-

nungsbildung, er verzerrt auch das Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Journalisten tragen hierbei eine besondere Verantwortung. Sie entscheiden, was aus der Fülle von Meldungen — zumal in Wahlkampfzeiten — ausgewählt, bevorzugt plaziert und überhaupt zur Nachricht wird. Denn was nicht gesendet wird, findet — jedenfalls für die Öffentlichkeit — einfach nicht statt.

Ausgewogenheit heißt im übrigen nicht journalistischer Eintopf oder Meinungslosigkeit. Auch in öffentlich-rechtlichen Anstalten muß Parteiergreifen möglich sein, aber dies darf nicht zur Vernachlässigung der Informationspflicht führen. Meinung und Information sind immer klar zu trennen. Und wer Parteiergreift, der muß auch ertragen, daß seine Parteinaahme als Parteinaahme bewertet wird. Auch Journalisten haben kein Monopol auf eine übergeordnete Wahrheit.

Wir merken in der CDU-Bundesgeschäftsstelle sehr schnell, welches Echo eine Sendung gefunden hat. Viele teilen uns ihre Zustimmung oder Kritik telefonisch mit. Wir erhalten aber auch Kopien von Briefen, die direkt an die Sender gegangen sind.

Vielfach werden wir gefragt, wie der Hörer am Radio oder der Zuschauer am Bildschirm seine Meinung den Verantwortlichen in den Sendern zu Gehör bringen und Änderungen erreichen

kann. Wir meinen, der richtige Weg hierzu ist der Hörerbrief oder der Telefonanruf. Nicht nur, daß es das gute Recht der Rundfunkteilnehmer ist, zu sagen, wenn ihnen eine Sendung gefallen oder auch mißfallen hat. Auch die Redakteure und Journalisten in den Sendern nehmen telefonische oder schriftliche Äußerungen ernst. So gibt es besondere hausinterne und detaillierte Übersichten, über das Echo, das bestimmte Sendungen in der Öffentlichkeit gefunden haben.

Und immer werden sich die verantwortlichen Redakteure und Journalisten der Rundfunkanstalten mit Ihrer Zustimmung oder Kritik auseinandersetzen und auf Ihre Argumente eingehen. Sie sollten deshalb die Möglichkeit, Ihre Meinung klar und deutlich zu äußern, immer nutzen.

Viele von Ihnen haben uns um die Anschriften der Rundfunkanstalten gebeten. Deshalb führen wir sie hier nochmals auf:

Bayerischer Rundfunk (BR)

Rundfunkplatz 1
8000 München 2
Telefon (0 89) 5 90 01 (Hörfunk)
Telefon (0 89) 3 80 61 (Fernsehen)

Hessischer Rundfunk (HR)

Bertramstraße 8
Postfach 31 11
6000 Frankfurt 1
Telefon (06 11) 15 51

Norddeutscher Rundfunk (NDR)

ARD-aktuell („Tagesschau“ — „Tagesthemen“)
Rothenbaumchaussee 132/134

2000 Hamburg 13

Telefon (0 40) 41 31

Radio Bremen (RB)

Heinrich-Hertz-Straße 13
2800 Bremen 33
Telefon (04 21) 2 38 41 (Hörfunk)
Telefon (04 21) 42 71 (Fernsehen)

Saarländischer Rundfunk (SR)

Funkhaus Halberg
Postfach 10 50
6600 Saarbrücken
Telefon (06 81) 60 21
Sender Freies Berlin (SFB)
Masurenallee 8—14
1000 Berlin 19
Telefon (0 30) 30 81

Süddeutscher Rundfunk (SDR)

Neckarstraße 230
Postfach 8 37
7000 Stuttgart 1
Telefon (07 11) 28 81
Südwestfunk (SWF)
Hans-Bredow-Straße
7570 Baden-Baden
Telefon (0 72 21) 27 61

Westdeutscher Rundfunk (WDR)

Appellhofplatz 1
Postfach 10 19 50
5000 Köln 1
Telefon (02 21) 22 01

Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF)

Essenheimer Landstraße
Postfach 40 40
6500 Mainz 1
Telefon (0 61 31) 7 01
Chefredaktion („heute“, „heute-journal“)
Unter den Eichen
6200 Wiesbaden
Telefon (0 61 21) 53 11

Deutsche Welle (DW)

Bonner Straße 211
Postfach 10 04 44
5000 Köln 51
Telefon (02 21) 2 03 01

Deutschlandfunk (DLF)

Raderberggürtel 40
5000 Köln 51
Telefon (02 21) 3 70 71
RIAS Berlin
Kurfsteiner Straße 69
1000 Berlin 62
Telefon (0 30) 8 50 31

■ DEM WÄHLER SAGEN

Kriegsopferversorgung

Die SPD behauptet:

Die Durchsetzung der Dynamisierung der Kriegsopferleistungen sei ein historisches Verdienst der SPD/FDP-Koalition. CDU/CSU hätten sich gegen die jährliche Dynamisierung gesträubt.

(SPD-Argumente für Redner '80, K 11)

Tatsache ist:

Es war die Union, die die gesetzlichen Grundlagen der Kriegsopferversorgung geschaffen hat:

- 1950 das Bundesversorgungsgesetz
- 1953 die Verbesserung der Ausgleichs- und Elternrenten
- 1960 mit dem 1. Neuordnungsgesetz zur Kriegsopferversorgung die Einführung des Berufsschadensausgleichs und der Schwerbeschädigtenzulage für Erwerbsunfähige
- 1964 mit dem 2. Neuordnungsgesetz zur Kriegsopferversorgung die Ausdehnung des Berufsschadensausgleichs auf alle Schwerbeschädigten und Einführung des Schadensausgleichs für alle Witwen.

Den ersten Anstoß zur Dynamisierung der Kriegsopferleistungen gab die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in ihrem Gesetzentwurf zum 1. Anpassungsgesetz 1969, in dem sie im § 56 die jährliche Berichtspflicht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Kriegsopfer forderte. Der später eingebrachte Entwurf der Koalitionsparteien enthielt keine entsprechende Bestimmung.

Die Dynamisierung ist dann von allen

drei Fraktionen gemeinsam beschlossen worden.

Thema: Rentenpolitik

Die SPD sagt:

„Zugleich wollen wir Sozialdemokraten in der gesetzlichen Rentenversicherung eine Mindestrente einführen, die den notwendigen Lebensbedarf sicherstellt. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß vorhandenes Einkommen voll ange rechnet wird und die Kosten einer solchen Mindestrente nicht von der Solidargemeinschaft getragen werden müssen.“

(Programm zur Rentenreform 1984)

Tatsache ist:

Die SPD ist auf dem Wege zur **Einheitsrente**. In ihrem Rentenprogramm verschleiert sie dieses Ziel durch eine Vielzahl kleiner Schritte.

Ein wesentlicher Schritt auf dem Wege zur Einheitsrente ist die Forderung nach Einführung der allgemeinen **Mindestrente**.

Eine Mindestrente würde bedeuten:

- Die Leistungs- und Beitragsbezogenheit der Rente geht verloren.
- Fürsorgeprinzipien vermischen sich systemwidrig mit Versicherungsprinzipien.
- Bedürftigkeitsprüfungen, die bisher dem Rentenrecht fremd sind, werden der Rentenversicherung auferlegt.

Fazit: Die Mindestrente ist ein schwerwiegender Angriff auf unser leistungsbezogenes Rentensystem.

ARGUMENTE aus dem UiD

ENTWICKLUNGSHILFE

Die UiD-Dokumentation über den SPD-Parteitag in Berlin (2/1980) befaßt sich auf Seite 5 mit den Beschlüssen der SPD zur Nord-Süd-Politik. In der Bundestagsdebatte über die Afrika-Politik (**UiD 3/1980, S. 5**) warnt die CDU/CSU vor dem zunehmenden Engagement der UdSSR in Afrika und fordert die Verstärkung der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik auf diesem Erdteil. Jürgen G. Todenhöfer nimmt in **UiD 7/1980, S. 8**, zum Nord-Süd-Bericht der Brandt-Kommission Stellung. Auf der Außenpolitischen Fachtagung der CDU in Bonn fordert Helmut Kohl „Entwicklungshilfe nach politischen Kriterien“ (**UiD 10/1980, S. 14**). In der entwicklungsrechtlichen Debatte des Bundestags antwortet Jürgen G. Todenhöfer auf die Frage: Was trennt uns in der Nord-Süd-Politik von der Bundesregierung und was verbindet uns? (**UiD 17/1980, S. 7 f.**).

Im Wahlprogramm der CDU/CSU für die Bundestagswahl 1980 (grüner Teil der Parteitagsausgabe des **UiD 19/1980**) trägt das Kapitel II. 1.4 (S. 12 f.) die Überschrift: Wir wollen eine Entwicklungspolitik der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verantwortung.

Im April fordert der entwicklungsrechtliche Sprecher der Unionsfraktion Jürgen G. Todenhöfer die Bundesregierung auf, einen umfassenden „Flüchtlingsbericht“ über die Dritte Welt vorzulegen (**UiD 14/1980, S. 10**).

UiD 24/1980, S. 15, bringt Beispiele für die Vertreibungspolitik marxistischer Regime in der Dritten Welt und zeigt das Ausmaß des Elends von 12 Millionen Menschen, die auf der Flucht vor dem Marxismus sind.

GEMEINDEFINANZEN

Nach dem „Alarmschreiben“ von Finanzminister Matthöfer über die Finanzlage des Bundes (**UiD 6/1980, S. 7f**) lassen sich die Anregungen der Union nicht länger als „Krisengerede“ und „Panikmache“ verhöhnen. Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg warnt deshalb die Bundesregierung davor, „die selbst verschuldete Finanzkrise jetzt auf Kosten der Länder und Gemeinden lösen“ zu wollen (**UiD 13/1980, S. 1f**), wie es schon zwei Monate später der Beschuß der Bundesregierung zur Finanzierung der EG-Mehrkosten von 2,5 Mrd. DM vorsieht (**UiD 21/1980, S. 5f**).

Im Zusammenhang mit den Plänen der Bundesregierung, die EG-Mehrkosten auf Länder und Gemeinden abzuwälzen, macht der Bundesvorsitzende der KVP, Horst Waffenschmidt, auf die geschwächte Finanzsituation der Gemeinden aufmerksam und stellt fest: 1980 beträgt die Finanzierungslücke bei den Gemeinden 6 Milliarden Mark (**UiD 22/1980, S. 11**).

Zur Sache:

Wer soll der SPD noch glauben? Sechs Fragen, die uns alle angehen

1. Vor der letzten Bundestagswahl nannte Bundeskanzler Schmidt das Rentenproblem ein „Problemchen“. Schmidt wörtlich: „Wie lange wollen noch CDU und CSU im Namen Jesu Christi lügen in dieser Frage?“ Schmidt nach der Wahl: „Ich habe keinen Betrug begangen, weil ich die tatsächlichen Zahlen nicht gekannt habe.“ **Wer täuschte die Wähler?**

2. Vor der letzten Bundestagswahl hieß die Parole von Schmidt, Wehner, Brandt und Bahr: „Wählt SPD, wir haben den Frieden sicherer gemacht!“ Heute – nachdem der Frieden durch die sozialistische Entspannungspolitik nicht sicherer, sondern unsicherer geworden ist – schüren sie Kriegsfurcht, diffamieren die Union und plakatieren: „Wählt SPD, damit es keinen Krieg gibt!“ **Wer spekuliert hier auf die Vergeßlichkeit des Wählers?**

3. Herbert Wehner nennt die sowjetische Rüstung „defensiv“. Der Einmarsch in Afghanistan wird als „Vorbeugung“ verharmlost, Egon Bahr treibt sein Doppelspiel mit dem Olympia-Boykott, und die Jusos nennen den amerikanischen Präsidenten ein „internationales Sicherheitsrisiko“. **Wer eigentlich schwächt das Bündnis mit den Amerikanern, von dem unsere Freiheit und Sicherheit abhängt?**

Aber diese Rechnung darf nicht aufgehen. Am 5. Oktober haben die Bürger Gelegenheit, der SPD die richtige Antwort zu geben.

4. Die SPD behauptet, Strauß gefährde den sozialen Frieden. Die Wahrheit ist: Strauß war maßgeblich beteiligt, als die CDU das Netz der sozialen Sicherheit knüpfte: die bruttolohnbezogene dynamische Rente, die Arbeitslosenversicherung, die gesetzliche Krankenversicherung. Als Strauß Finanzminister war, hatten wir keine Inflation, keine Verschuldung des Bundes von über 225 Milliarden Mark, keine Massenarbeitslosigkeit. **Wer legt hier falsches Zeugnis ab wider seinen Nächsten?**

5. In Bonn sagt Schmidt, die Kernenergie sei für die wirtschaftliche und soziale Zukunft unseres Volkes unverzichtbar und müsse ausgebaut werden. In den Ländern aber wird der Bau von Kernkraftwerken von seinen eigenen Parteifreunden blockiert und bekämpft, von Eppeler, Jansen, Klose, Ravens, Lafontaine usw. **Wie lange will die SPD dieses Doppelspiel noch treiben?**

6. Mehr als zwei Millionen Menschen fallen heute unter Sozialhilfe. Familien mit Kindern, insbesondere Arbeiterfamilien, werden vom Staat benachteiligt. **Ist dies etwa ein Ruhmesblatt der SPD-Politik?**

Wer soll der SPD da noch glauben? Ihre Politik ist eine Mischung aus Unfähigkeit, Halbwahrheit und sozialistischer Verblendung. Das Ziel: Verdummung der Bürger, damit er den Marsch in den SPD-Staat nicht merkt.

CDU


UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTOCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

Die Lehren von Bremen

Was bisher nur ein Verdacht war, steht jetzt fest: Die Jungsozialisten in der SPD Bremen haben vor den blutigen Krawallen bei der Bundeswehrfeier am 6. Mai auch mit den später gewalttätigen Kommunisten vom KBW zusammengearbeitet, nicht nur mit den Moskau-treuen, orthodoxen Kommunisten von der DKP.

Die Jusos haben, obwohl Bremens SPD-Bürgermeister Hans Koschnick und andere sozialdemokratische Politiker das bestritten haben, die KBW-Leute und auch die militärischen Störer von der „Bremer Bürgerinitiative gegen Atomkraft“ (BBA) eingeladen und mit ihnen diskutiert, um die Rekrutenvereidigung zu verhindern oder zu stören. Das Volksfrontbündnis war perfekt.

Noch ein schweres politisches Versäumnis kam im Untersuchungsausschuß des Bundestages ans Licht. Im Land Bremen findet Verfassungsschutz überhaupt nicht mehr statt, wenn auch nur ein einziger Jungsozialist an einer zwielichtigen Veranstaltung beteiligt ist.

Es ist zwar richtig, daß bei demokratischen

Gruppierungen nicht abgehört oder obser-
viert werden soll. Aber wenn die Jusos
sogar mit dem KBW zusammenarbeiten,
dann können sie sich gegen Erkenntnisse
zum Schutz des Staates kaum wehren.

In Bremen rächen sich jetzt die ständigen
Kampagnen gegen die Verfassungsschutz-
ämter überhaupt. Hätte in der Hansestadt
nicht zufällig noch der Militärische Ab-
schirmdienst (MAD) gearbeitet, wäre das
Chaos bei der Vereidigung noch größer
geworden.

Die Jungsozialisten von Bremen haben noch
vor den Krawallen versucht, die Aktionen
abzubiegen und alle Protestierer zu einer
nicht gewalttätigen Veranstaltung zu bewe-
gen. Das ist nicht gelungen. Es war — nach
der anfänglichen Zusammenarbeit mit den
brutalen KBW-Kommunisten — zu spät,
einen Trennungsstrich zu ziehen.

Wenn die demokratischen Jungsozialisten
auf Volksfrontbündnisse mit Kommunisten
verzichten wollen, und daran gibt es eben
Zweifel, dann müssen sie sich von vornher
ein von den linksextremistischen Gruppen
distanzieren.

Gewöhnlich verlaufen Untersuchungsaus-
schüsse im Sande, zumindest werden keine
Konsequenzen aus den Ergebnissen gezogen.
Aus den Bremer Ereignissen darf nur
der Schluß gezogen werden, die Kommuni-
sten zu isolieren, vor der Bundestagswahl
und auch nachher.

(Kölnische Rundschau, 23. Juli 1980)

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,- DM. Einzelpreis 1,- DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD